

Sachdokumentation:

Signatur: DS 4866

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/4866



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Der aktuelle Freitags-Kommentar
13. September 2024

Machen Sie mit:

>> [Spenden](#)

>> [Schweizerzeit-Magazin abonnieren](#)

Rechte ermöglichen Diskursverschiebung nach links

Von zwei Dutzend Schüssen und verlorenen Kompassen

von Anian Liebrand, Chefredaktor Schweizerzeit

Dass namhafte Bürgerliche nun offen Partei für die Skandal-Politikerin Sanija Ameti ergreifen, ist irritierend und falsch. Die oftmals unflätige Provokateurin ist nicht das Opfer. Wer an ihrem Beispiel «Cancel Culture» beklagt, hat den bürgerlich-konservativen Wertekompass verloren.

Eigentlich wollte ich nichts mehr zur «Causa Ameti» schreiben. Die Frau hat sich durch ihr «unentschuldbares» Verhalten (GLP-Präsident Grossen) im wahrsten Sinne des Wortes selbst ins Abseits geschossen und muss nun mit den Konsequenzen leben. Ihre zwei Dutzend Schüsse auf ein Bildnis mit Jesus und Maria und die unglaubliche «Entschuldigung» haben dazu geführt, dass sich ihr Arbeitgeber, die PR-Firma Farner Consulting, von ihr getrennt hat und die Grünliberalen Schweiz ein Parteiausschlussverfahren eingeleitet haben. Da der Fall damit aber noch nicht abgeschlossen ist und er ein Lehrstück für bürgerliches Versagen im öffentlichen Diskurs darstellt, muss ich einige Dinge richtigstellen.

Operation Libero im Abseits

In der letzten Woche haben die Medien Vieles richtig kommentiert: Sie, die vom linken Mainstream hochgejubelte, scheinbare «Muster-Migrantin», hat eindeutig Grenzen überschritten und die Gefühle vieler Menschen verletzt. Dass sich die Operation Libero dennoch hinter ihre Präsidentin Ameti gestellt hat, wertete CH-Media als «Todesstoss», der die «serbelnde Gruppe» mitreisse. Und «20 Minuten» zitierte einen «Kenner der politischen Szene»: «Die Operation Libero habe sich längst aus den Gefilden der Mehrheitsfähigkeit verabschiedet und sei dafür eine umso verschworenere Nischentruppe geworden.»

Ich war deshalb auch nicht unbedingt erfreut darüber, dass aus dem rechten Lager umgehend Strafanzeigen eingereicht wurden. Die betreffende Strafnorm (StGB Art. 261, Störung der Glaubens- und Kultusfreiheit) ist in der Schweiz bis dato ohnehin weitgehend toter Buchstabe geblieben – obwohl nicht abzuspochen ist, dass der Fall Ameti ein Parade-Anwendungsfall für die sog. «Blasphemie-Strafnorm» wäre.

Man kann da unterschiedlicher Meinung sein: Ich persönlich habe die Erfahrung gemacht, dass man seine Ziele in der Politik selten mit Hilfe der Justiz erreichen kann. Wenn es um politisch aufgeladene Fälle geht – das lehren uns auch die Verfahren rund um die Rassismus-Strafnorm –, sind die zu erwartenden Urteile meist auch wieder politisch gefärbt.

Linke basteln ein neues Narrativ

Das allgemeine Klima brachte dem Verhalten Ametis in den Tagen der Enthüllungen ohnehin bereits grösste allgemeine Ablehnung entgegen. In Umfragen von Online-Medien wie «20 Minuten» oder «Nau.ch» waren jeweils rund 90 Prozent von weit über zehntausend teilnehmenden Nutzern der Meinung, die Reaktionen der eigenen Partei und des Arbeitgebers im Fall Ameti waren richtig. Da war es gar nicht nötig, die Sache mit Strafanzeigen anzuheizen.

Dagegen war abzusehen, dass übermässige Reaktionen von rechts dazu führen, dass die Unterstützer Ametis – bis dato in völligem argumentativem Notstand – Aufwind verspüren und versuchen, der Sache einen neuen Dreh zu verleihen, um die Meinungen der Leute aus der Mitte der Gesellschaft in ihrem Geiste zu beeinflussen. Und genau so ist es schliesslich auch gekommen: Angehörige des urban-links-grünen Milieus bastelten in den letzten Tagen an einem Narrativ, das Sanija Ameti zum «Opfer einer beispiellosen Hexenjagd» stilisiert und sie als Betroffene der «Cancel Culture», also einer Kultur der Verbannung oder Zensur, beklagt.

Wie immer, wenn Aushängeschilder der Linken in einen «Shitstorm» geraten, wurde aus dem Umfeld der Betroffenen schnell die Information gestreut, dass Ameti Drohungen ausgesetzt sei und unter Polizeischutz habe gestellt werden müssen. Ein «Online-Mob» habe sie «entmenschlicht», sie werde vor allem auch deswegen angegriffen, weil sie eine Frau und Ausländerin sei. Dass unter den vielen aufgebrachten Bürgerkommentaren auch solche waren, die weit unter der Gürtellinie waren, ist sicher unbestritten und zu verurteilen. Jeder Experte würde mir Recht geben, dass Betroffene einer Bedrohungslage aber ganz schlecht beraten sind, eine solche öffentlich zu machen. Ernste Lagen erfordern professionelle Vorkehrungen, kein Palaver. Was aber erhofft man sich davon, den Medien bekannt zu geben, dass man scheinbar unter Polizeischutz stehe?

Anbiedern bei Links

Der Wind hat in den letzten Tagen gedreht. Auf einmal dominieren nicht mehr Medienartikel die Schlagzeilen, welche die Provokationssucht und Doppelmoral Ametis und ihrer Libero-Mitstreiter blossstellen. Neuerdings erhält sie prominenten Zuspruch bürgerlicher Stimmen, deren Tenor ist, dass auch Ameti Opfer einer «Cancel Culture» sei und «Gerechtigkeit» verdient habe. Die «Weltwoche» zum Beispiel titelt ihre neuste Ausgabe mit der Schlagzeile «Free Sanija Ameti». Vom «Nebelspalter» sind ähnliche Töne zu vernehmen. Wenn in diesen Publikationen für «Milde» plädiert wird, stimme ich zwar auch zu – denn wer sich selbst als Christ von Ametis Verhöhnung angegriffen fühlt, für den darf Vergebung nie bloss leere Worthülse sein. Ameti als unterstützungswürdiges Opfer einer Ausgrenzungskultur hochzustilisieren, ist aber bei weitem zuviel des Guten. Man kann doch die Hauptexponentin einer Szene, deren hauptsächlicher Wesenskern es ist, die SVP auszugrenzen, schlecht zu machen und ihr Rassismus zu unterstellen, nicht zu einer Ikone machen, weil sie für einmal jene Auswüchse selbst zu spüren bekommt, die sie jahrelang gegenüber anderen angewendet hat.

Nie käme es linken Blättern in den Sinn, Partei zu ergreifen für ein SVP-Mitglied, das für eine umstrittene Aussage oder einen Fehltritt vom Medien-Mob durch die Gassen gejagt wird. Nie, auch wenn die Ungerechtigkeit noch so zum Himmel schreit, würden sie über ihren Schatten springen. Dies, weil sie sich als «Haltungs-Journaille» verstehen, die nichts tut, was dem politischen Gegner auch nur im entferntesten nützen könnte.

Führende Köpfe rechtsbürgerlicher Medien haben diese Mechanismen hingegen nicht verstanden. Im Glauben, eine hehre, edle Tat begangen zu haben, hoffen sie wahrscheinlich darauf, bei nächster Gelegenheit von Mitte-Links ein bisschen mehr Differenzierung, Wohlwollen und Anerkennung einzuheimsen. Das wird aber nicht passieren. Wir sollten längst gelernt haben, dass die Gegenseite eiskalt und knallhart nur die eigenen Interessen vertritt und ihre Klientel nibelungentreu verteidigt. Und so ermöglichen Weltwoche und Co., dass immer wieder – nicht erst seit Ameti – die linke Perspektive auf eine Auseinandersetzung Oberhand gewinnt.

Wer am Schluss verliert

Die Folgen solch – aus linker Sicht – erfolgreicher Diskursverlagerung: Die Christus-Verhöhnerin Ameti gilt als armes, Mitleid verdienendes Opfer. Die wahren Schuldigen tummeln sich in bösen Online-Mobs, die durchsetzt von Hetzern, Islamfeinden, Rechten und Rechtsextremen seien. Ich warte nur darauf, bis die Forderung auftaucht, dass der Fall Ameti zeige, dass das Internet stärker reguliert werden müsse und es deshalb schärfere Gesetze gegen sog. (nicht näher definierte) «Hassreden» brauche.

So, wie sich die ganze Diskussion abzeichnet, dürfte es genau in diese Richtung verlaufen: Am Ende werden die Konservativen wieder «die Bösen» sein – auch weil sie der an und für sich durchschaubaren Absicht, mit den wenigen Grenzüberschreitern in einen Topf geworfen zu werden, zu wenig entgegensetzen.

Anian Liebrand